



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Aus Schwaben.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

der Dichter, der so schmerzlich frug nach dem Nationalcharakter der Deutschen — hätte er lesen können in der Seele jener preußischen Soldaten, die bei Roßbach die Franzosen warfen und bei Leuthen in der Winternacht das „Herr Gott Dich loben wir“ sangen, gewiß, er hätte begriffen: die lebendige Staatsgesinnung, die er suchte, sehr unreif war sie, doch sie war im Werden. So standen die Beiden im Nebel der Nacht — der König, der einen Lessing suchte für unsre Kunst, und der Dichter, einen Friedrich suchend für unsern Staat. Inzwischen ist es Tag geworden, die Nebel sind gefallen, und wir sehen die Beiden dicht neben einander auf demselben Wege — den Künstler, der unsrer Dichtung die Bahn gebrochen, und den Fürsten, mit dem das moderne Staatsleben der Deutschen beginnt.

Und wäre es denn ein Zufall, daß achtzig Jahre nach Lessings Tode gerade sein Bildniß den Anstoß gab zu einem heilsamen Umschwunge unsrer Bildnerkunst? Versuchen Sie sich zu versenken in die Seele des Künstlers, dem jene Aufgabe ward. Sollte er Lessing bilden in der Toga — ihn, der das gespreizte Römerthum der Franzosen erbarmungslos verspottet? Oder in dem beliebten Theatermantel — ihn, der im Leben jeden falschen Schein verschmäht? Da blieb kein Ausweg: kraftvoll, schlicht und wahrhaft wie er selber — oder gar nicht mußte Lessings Bild erscheinen. Und der glückliche Entschluß einmal gefaßt, hat unserm Nietschel jedes Glück des Genius gelächelt, aus jeder Noth ward ihm eine Tugend. Der steife Haarbeutel ward ihm ein Anlaß, die vollendeten Linien des wallenden Haars zu zeichnen, und die Enge des kurzen Beinleids erlaubte ihm, die gedrungene Kraft der Glieder zu zeigen. So sehen wir Lessings Bildniß vor uns — die erste Bildsäule der Deutschen, darin der entschlossene wahrhaftige Realismus der Gegenwart sich ehrlich offenbart — schmucklos und stark, gehobenen Hauptes, und diese trotzigen Lippen scheinen zu reden:

was braucht die Nachwelt, wen sie tritt, zu wissen,  
weiß ich nur wer ich bin.

### Aus Schwaben.

Ein oberflächlicher Beobachter unsrer Zustände könnte leicht zu dem Gedanken verführt werden, daß nach den kurzen Jahren der Erregung wieder jene politische Dede, jene Abstumpfung gegen das öffentliche Leben der Nation eingetreten sei, wie sie die zehnjährige Reactionsperiode kennzeichnete. Die Bürgerversammlungen debattiren über die Gasbeleuchtung, und die Tagesblätter be-

sprechen die Richtung neuer Eisenbahnen und die Reform der Volksschule eingehender als die deutsche Frage. Hört man den richtigen Durchschnittsmenschen, so ist ihm der Nationalverein und der Reformverein, Kurhessen und die preussische Verfassungskrise gründlich verleidet, und vom Handelsvertrag mag er vollends gar nichts wissen, der doch bloß eine diabolische Erfindung des Louis Napoleon ist, um Unfrieden und Zank unter die Deutschen selbst auszusäen. Sieht man jedoch näher zu, so wird man bald erkennen, daß solche mißgelaunte Stimmung bloß davon rührt, daß man die großen politischen Fragen, die Lebensfragen der Nation, die augenblicklich nirgends einen Ausweg bieten, wohl abschütteln möchte, daß man sie aber nicht los werden kann. Sie sind lästig, weil man vergebens sich ihrer zu erwehren strebt. Mit wahrer Zudringlichkeit kündigen sie jeden Augenblick ihr Dasein an. Wer auf der Karte die projectirten Eisenbahnen verfolgt, stößt sofort die Nase auf Preußen und auf die freundliche Art des diplomatischen Verkehrs zwischen deutschen Bundes- und Nachbarstaaten. Ueber den fatalen Handelsvertrag stolpert man ohnedies jeden Augenblick, und wer beim Glase Wein sitzt, muß gefaßt sein, daß ihn sein Nachbar über die Folgen der drohenden Concurrenz der französischen oder der österreichischen Weine ins Gespräch zieht. Sonst überließ man solche Dinge getrost der Fürsorge der Regierung, ein thätiges Interesse beschränkte sich auf die Kreise, welche zunächst betheiligte waren. Heute hat sich das Interesse in alle Kreise verbreitet. Niemand kann sich der Discussion von Fragen entziehen, welche gerade hier schärfer als irgendwo in altgewohnte Anschauungen, in festgewurzelte Parteiverhältnisse einschneiden, die aber andererseits auch zu einigen berufen sind, was bisher durch Gewohnheit, Vorurtheile und provincielle Absonderung getrennt war.

Gerade bei der Enge der Verhältnisse in dieser südwestlichen Ecke des Vaterlands, wo die gegnerischen Elemente zugleich jeden Augenblick persönlich auf einander stoßen, hat der politische Kampf eine herbere Form angenommen, als in anderen Gegenden, wo entweder die Einheit des politischen Bewußtseins durch jene Partekämpfe kaum berührt ist, oder die größeren Verhältnisse auch der Debatte eine weitere Arena gewähren. Hier dagegen sind alte Freundschaften, durch gemeinsame Erfahrungen und Verfolgungen gekräftigt, unerbittlich auseinandergefallen, indeß man gleichzeitig langjährige politische Feinde sich zu gemeinsamen Zwecken verbinden sieht. Es ist eine Zerklüftung gerade unter den liberalen Parteien eingegriffen, die zunächst sich sehr unerquicklich ansetzt, und über welche vielleicht jene Staatsmänner, welche sich von schutzöllnerischen Demokraten den Dank für ihre „nationale“ Haltung votiren lassen, eine innige Freude empfinden. Allein diese Zerklüftung ist doch nur das Symptom einer heilsamen Krise, ein nothwendiger Uebergangszustand. Denn gerade dies macht die Nachwirkung der eslinger Versammlung so bedeutend, daß durch sie der landsmannschaftliche Charakter, den bisher die liberale Partei in Schwaben mit Zähigkeit festhielt, gründlich erschüttert wurde, daß in den Streitigkeiten, welche zu den Beschlüssen vom 14. Dec. v. J. führten, das spröde schwäbische Naturell aufthaute gegen die allgemein nationalen Ideen. Bei einem solchen Proceß geht es nicht ab ohne Schmerzen. Sie sind um so fühlbarer, je weniger ungetrübt die Freude an dem Neugewonnenen ist, das man eingetauscht hat gegen altes Liebgewordenes.

Es wird sich Gelegenheit finden, auf die Wirkung zurückzukommen, welche die eslinger Versammlung auf die Stellung Schwabens zur deutschen Frage ausgeübt hat und noch ausübt. Inzwischen ist es die Agitation für und gegen den Handelsvertrag, welche noch immer im Vordergrund steht.

Im Grunde ist es dieselbe Bewegung, die schon im Jahr 1833 vor

dem Zustandekommen des Zollvereins im Gange war. Es sind dieselben Motive, zum Theil wieder dieselben Erscheinungen. Es war deshalb sehr zeitgemäß, daß eine kleine Flugschrift, die kürzlich im Namen des Comité der stuttgarter Versammlung vom 3. Januar herausgegeben wurde, und die sich als „kleine Beiträge zum Streit über den deutsch-französischen Handelsvertrag. Erstes Heft“, ankündigte, gerade an diese Vorgänge wieder erinnerte, deren Auffrischung freilich denen nicht willkommen sein kann, welche im Zollverein, den sie damals bekämpften, heute die Grundlage ihres Wohlstands preisen. Damals wurde gegen die Zollvereinigung mit Preußen in gleicher Weise agitirt, wie jetzt gegen die Zollerleichterung gegen Frankreich. Industrielle riefen: man richtet uns zu Grunde! Nationalökonom predigten, man gebe die inländische Industrie sicherem Ruin Preis, wenn man sie nicht durch hohe Zölle vor der Concurrenz der erstarkten preußischen Industrie beschütze. Moriz Mohl zeichnete sich schon damals unter den Einsichtigen besonders aus; er verfaßte den stuttgarter Kaufleuten ihre Petition an die Stände gegen den Eintritt in den Zollverein, welcher nachher viele andre Petitionen in demselben Sinne nachfolgten.

Der ganze Unterschied zwischen damals und jetzt ist die volkswirtschaftliche Erleuchtung, welche inzwischen über die württembergische Regierung gekommen ist. Als sie damals den Zollvereinsvertrag den Ständen vorlegte, begleitete sie ihn mit einem Vortrag, worin sie die Einwendungen widerlegte, welche man aus der Concurrenz der überlegenen preußischen Fabrikation in Eisen-, Wollen- und Baumwollwaaren gegen den Vertrag abgeleitet hatte. Damals sprach sie es als Grundsatz aus: „daß die Grundbedingung des Emporkommens aller Production die freie Entwicklung des Handels sei, der Handel aber verlange für sein Gedeihen freie Bewegung im weiten Felde. Je weiter dieses Feld sich ausdehne, desto mannigfaltiger werde die Gelegenheit zur Verwerthung des eigenen Ueberflusses, desto zahlreicher böten sich die Mittel zur Befriedigung unserer Bedürfnisse dar.“ Damals stellte sich die Regierung unbeeirrt durch das Geschrei der Fabrikanten und eine kurzsichtige Opposition an die Spitze der Bewegung, während sie sich heute auf die schutzzöllnerischen und particularistischen Elemente, auf die blinden Leidenschaften stützt, die sie damals bekämpfte. Ein feltfamer Fortschritt in den nationalökonomischen Anschauungen unserer regierenden Kreise, und schwer erklärlich, wenn nicht ganz andre Motive, als volkswirtschaftliche, diese Bekehrung bewirkt hätten!

Eben diese veränderte Stellung der Regierung ist es aber auch, welche die jetzige Agitation zu einer weit tiefergehenden gemacht hat, die über die zunächst Betheiligten weit hinausgreift. An und für sich bringt es der Sache freilich wenig Gewinn, wenn sie zu einem Gegenstand der Agitation für unverständige Kreise gemacht wird, wenn Schaaren von Arbeitern, Bauern, Weingärtnern für oder wider in Bewegung gesetzt werden. Allein nachdem einmal die Schritte der süddeutschen Regierungen zu einer nicht mehr abzuläugnenden Krisis des Zollvereins geführt haben, sind die auf dem Spiel stehenden Interessen zu allgemein, um nicht von selbst die ganze Bevölkerung zur Antheilnahme aufzufordern. Zudem brachte es der schwierige Stand, welchen die Freunde des Vertrags von Anfang an hatten, mit sich, daß man zu Mitteln greifen mußte, um in populärer Form und in möglichst weitem Umkreise eine unbefangene Auffassung zu verbreiten. Die Gegner hatten gleich im Anfang an die Vorurtheile der Massen appellirt; diesen galt es entgegenzuwirken.

Wie viel in dieser Beziehung noch zu thun ist, lehrt fast jede Versammlung, welche die Gegner des Vertrags für ihre Zwecke in Scene setzen. Es ist unglaublich, welche Unkenntniß noch über wesentliche Punkte auch in solchen Kreisen herrscht, von denen man voraussetzen sollte, daß sie sich längst in den

Besitz des thatsächlichen Materials gesetzt hätten. Es wird erzählt, daß kürzlich in Stuttgart eine Besprechung von Producenten moussirender Weine in Sachen des Handelsvertrags stattfand. Nachdem einer der Herren die Schädlichkeit des Vertrags auseinandergesetzt und dabei noch die Härte der Uebergangsteuer in die norddeutschen Staaten erwähnte, warf ein anderer dazwischen: aber meine Herren, Preußen hat ja den Befall der Uebergangsteuer für den Fall der Annahme des Vertrags zugesagt. Großes Erstaunen. „Unglaublich — woher wissen Sie das? — Stand das wirklich in den Zeitungen?“ Es kam bis zu einer Wette, so neu und unerhört war diese Nachricht. Ist es unter diesen Umständen ein Wunder, wenn man die Weingärtner in Canstadt eine Resolution votiren ließ, welche sich u. A. darauf stützt, daß die württembergischen Weine bei der Uebergangsteuer, welche sie in die Thalerstaaten zahlen müssen, durch einen Zoll von sieben Gulden per Centner nicht genügend geschützt seien?

Wo solche naive Unkenntniß noch herrscht, braucht man es natürlich mit den Gründen gegen den Handelsvertrag überhaupt nicht allzugenau zu nehmen. Warum sollte ein Freiherr, in dessen Adern das Blut der Stuarts rollt, den Bauern von der schwäbischen Alp nicht versichern dürfen, der Handelsvertrag sei ein Werk des Nationalvereins! Ein solcher Beweisgrund ist wenigstens sicher verständlich zu sein, so verständlich, wie die Ansprache des Herrn v. Kerstorff an den großdeutsch-geselligen Club zu München: „Lieber zehn Zollvereine sprengen als die bayrische Unabhängigkeit aufgeben!“

Ein beliebtes Argument ist noch immer dies, daß Preußen es nicht aufs Aeußerste ankommen lassen und schließlich nachgeben werde, weil es müsse. So versichern die Leiter jener Gegenversammlungen wenigstens noch öffentlich, während sie im Stillen wohl längst überzeugt sind, wie dürftig und morsch dieser Grund ist, und in der That bereits die Chancen eines Zollbündnisses der süddeutschen Staaten mit Oestreich von ihnen in Erwägung gezogen werden. Hier ist aber auch der Punkt, wo die Ernüchterung unfehlbar eintreten wird. Schon ist die Uneinigkeit, die unter den Gegnern des Vertrags eingetreten ist, in dieser Beziehung ein bedeutames Anzeichen. Anfangs bildeten die Gegner eine geschlossene Einheit, sie bedienten sich bald politischer, bald schutzzöllnerischer, bald auch freihändlerischer Waffen, aber immer in der einen Richtung, den Vertrag selbst zu bekämpfen. Neuerdings ist nun eine Spaltung der schutzzöllnerischen und der freihändlerischen Vertragsfeinde hervorgetreten, die zwar in politischer Hinsicht zusammengehen und beide die Zolleinigung mit Oestreich wollen, aber gegenüber dem Vertrag selbst eine sehr verschiedene Stellung einnehmen.

Während nämlich Wohl und seine industriellen Freunde auf der absoluten Ablehnung des Vertrags, wie überhaupt jedes Vertrags mit Frankreich beharren und der Forderung einer Tarifierform gegenüber eher eine Erhöhung des Schutzzolls verlangen, behauptet eine nationalökonomisch freier und richtiger denkende Fraction, die in der Kammer namhafte Vertreter hat, nur die unbedingte Annahme des Vertrags sei von den süddeutschen Regierungen verweigert worden, der Annahme eines Vertrags überhaupt sei jedoch dadurch nicht präjudicirt; sie erklärt ferner die Reform des Tarifs, die Erschließung des Zollvereinsgebiets gegen den Weltverkehr für unausschiebbar, mahnt zu weitgehenden Concessionen in Betreff der Tarifpositionen des Vertrags und will überhaupt die Polemik nicht gegen den Tarif, sondern gegen den Ausschluß Oestreichs concentrirt wissen. Der Eintritt Oestreichs in den Zollverein, meint Professor Schäffle, müsse vorausgehen, dann erst dürfe ein Vertrag mit Frankreich abgeschlossen werden.

Man kann dem häuslichen Streit dieser beiden Richtungen mit Gelassen

heit zusehen. Dringt Mohls Votum für unbedingte Ablehnung durch, so ist, wie sein Gegner selbst erklärt, die Folge nur die, daß schließlich die unbedingte Annahme des Vertrags, wie er ist, unabweisbar wird. Die andere scheinbar vermittelnde Ansicht, welche jedenfalls beweist, daß man die Polemik gegen die Vertragsbestimmungen selbst als wenig haltbar allmählig aufgibt, kann man getrost der Auseinandersetzung mit Oestreich überlassen, wo der künstliche Enthusiasmus für den Eintritt in den Zollverein — und zwar in den bisherigen Zollverein, also noch abgesehen von der Tarifreform — bekanntlich sehr rasch erloschen ist. Ein wirkliches Moment der Vermittlung zwischen den streitenden Ansichten ist, so wie die Dinge einmal liegen, ohnedies in diesem Vorschlag nicht enthalten.

Was die Regierung schließlich thun wird, weiß Niemand, sie selbst wahrscheinlich am wenigsten. Die Verlegenheit scheint groß zu sein. Officiell wird zwar noch immer der bisherige schroffe Standpunkt festgehalten. Die Minister sind erfreut, durch die ländlichen Versammlungen ihre Bemühungen für die Interessen des Landes so warm anerkannt zu sehen und unerwartetes Lob für die bewährte „nationale“ Haltung einzunehmen. Herr v. Hügel drückte neulich dem Baumwollenfabrikanten Staub, einem der thätigsten Agitatoren, der eine zahlreich bedeckte Dankadresse überreichte, die Genugthuung aus, welche die Regierung „den so vielfach zu Tage getretenen Miskennungen gegenüber“ über diese Würdigung ihres Vorgehens empfinde. Allein nicht alle Minister denken wie Hr. v. Hügel, und selbst dieser beobachtet über die Zukunft weises Stillschweigen. Die Enquête, welche das Finanzministerium neuerdings wieder bei den Industriellen des Landes anstellt, scheint nicht darauf hinzuweisen, daß es die bisher getroffene Entscheidung als eine unwiderprüfliche ansieht. Es versteht sich von selbst, daß bei dieser Enquête die Gutachten theils für, theils gegen den Vertrag lauten werden, und so sieht es denn ganz danach aus, als wolle man sich eine Brücke offen halten und mit dem Anschein, noch freie Hand zu haben, vor die Kammer treten. Damit ist es natürlich sehr wohl vereinbar, daß man in der Zwischenzeit nach Oestreich hinüberhorcht und verlockenden Versprechungen für den Fall des Ausscheidens aus dem Zollverein einstweilen Gehör schenkt.

Auch die Verschiebung der Einberufung der Ständeversammlung läßt sich in diesem Sinne deuten. Anfangs hieß es, bald nach Neujahr solle der Landtag wieder zusammentreten, aber dieser Termin schiebt sich von Monat zu Monat hinaus, wofür die Regierung allerdings auch den Rückstand in den Commissionsarbeiten für sich anführen kann, zumal da dringliche Angelegenheiten nicht vorliegen, mit Ausnahme etwa des Handelsgesetzbuchs, das noch immer der Einführung harret. Wahrscheinlich wird der Landtag im Frühsommer zusammentreten, aber nach kurzer Session und ohne Verathung des Handelsvertrags eine Vertagung bis zum Herbst eintreten. Wäre die Regierung ihrer Sache sicher, würde sie mit den bisherigen Noten des Hrn. v. Hügel die Sache als abgemacht betrachten, so würde sie nicht säumen, sich ein Vertrauensvotum von der Kammer einzuholen. Daß sie damit zögert, beweist, daß sie ihr letztes Wort noch nicht gesprochen haben will.

7.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Moriz Busch.

Verlag von F. A. Herbig. — Druck von C. C. Elbert in Leipzig.